

Kurzbericht

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(92. - öffentliche - Sitzung am 17. Januar 2022)

Beratungsthemen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung erweiterte der Ausschuss diese um die Fortsetzung der Behandlung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in [Drs. 18/9389](#) zu Sustainable-Finance-Regeln im - zusätzlichen - Punkt 4.

1. **Hochmoor Tinner Dose erhalten - Bundeswehr muss Schäden an Umwelt und Klima ausgleichen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2019](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Auf dieser Grundlage soll die Beratung - auch zu der Frage einer Kompensation der Klimaschäden durch den Moorbrand - zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

2. **Klimaschutz und Energiewende technologieoffen gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/10174](#)

Der Ausschuss nahm eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Ausschuss kam überein, die hierzu geplante Anhörung vom 28. Februar auf den 7. März 2022 zu verschieben.

3. **Vorsorge treffen für die Auswirkungen des Klimawandels: Hochwasser- und Katastrophenschutz in Niedersachsen verbessern!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9881](#)

Der Ausschuss nahm schriftliche Unterrichtungen zu dem Antrag entgegen und schloss auf dieser Grundlage die Beratungen ab. Der Ausschuss empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung durch die - mitberatenden - Ausschüsse für Inneres und Sport sowie für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

4. **Keine schmutzigen Deals bei Sustainable-Finance-Regeln - Atomkraft und fossiles Gas von EU-Nachhaltigkeitslabel ausschließen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9389](#)

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung entgegen und setzte die Beratung fort. In diesem Zuge bat er die Bundesregierung, ihm die von deutscher Seite gegenüber der EU-Kommission abgegebene(n) Stellungnahme(n) zu deren Vorschlag zur Berücksichtigung von Atomenergie und Erdgas in der EU-Taxonomie als weitere Beratungsgrundlage so rechtzeitig zu übermitteln, dass die Antragsberatung am 7. Februar 2022 fortgesetzt werden kann.